

FORDERUNGSPAPIER ZUR 19. LEGISLATURPERIODE



Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet, die bis 2030 umgesetzt werden sollen. Die Koalitionäre haben die Chance, den Koalitionsvertrag so zu gestalten, dass Deutschland seiner Verantwortung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung nachkommt.

Insbesondere in Afrika ist es von zentraler Bedeutung, der größten Jugendgeneration aller Zeiten ein selbstbestimmtes, gesundes und produktives Leben zu ermöglichen. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) tritt für eine starke Entwicklungszusammenarbeit ein und engagiert sich in den Bereichen Gesundheit (SDG 3), Gleichstellung der Geschlechter (SDG 5) und umfassende Sexualaufklärung. Wir plädieren dafür, dass die neu gewählte Bundesregierung sowie der Bundestag sich für Fortschritte in diesen Bereichen einsetzen, denn nur so kann Afrika von der demografischen Dividende profitieren.

Folgende Maßnahmen sind aus Sicht der DSW für einen substantiellen deutschen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 notwendig.

Die Agenda 2030: Deutschlands internationale Verantwortung

Als eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt hat Deutschland die besten Voraussetzungen, eine wahrnehmbare Vorreiterrolle bei der Umsetzung der im Herbst 2015 verabschiedeten Agenda 2030 einzunehmen. Mit der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat die Bundesregierung hierfür eine Grundlage geschaffen. In zentralen Bereichen wie Armutsbekämpfung, Gesundheit und Bildung fehlt der Strategie jedoch gänzlich die internationale Dimension.

Die DSW fordert daher den Bundestag und die Bundesregierung auf, ...

- die für 2018 geplante Überarbeitung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu nutzen, um deren internationale Dimension weiter auszubauen.
- bis spätestens 2020 alle Länder- und Sektorstrategien des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an den SDGs auszurichten. Dies gilt besonders für den Gesundheitsbereich, in dem die relevanten Strategiepapiere seit fast zehn Jahren nicht überarbeitet wurden.
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die soziale, ökologische und ökonomische Dimensionen der SDGs in allen Politikbereichen und Förderprogrammen der EU verankert werden. Möglichkeiten bieten sich u. a. bei den anstehenden Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen, der Gestaltung der EU-Instrumente für Entwicklungszusammenarbeit und des nächsten Forschungsrahmenprogramms FP9.

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit: Qualität ausreichend finanzieren

Entwicklungspolitik kann nur effektiv gestaltet werden, wenn nationale, europäische und internationale Maßnahmen integriert sind und Finanzentscheidungen zu bi- oder multilateralen Instrumenten nicht von Quoten abhängig gemacht werden. Zudem ist es für die erfolgreiche Umsetzung der internationalen und nationalen entwicklungspolitischen Ziele essentiell, dass die Bundesregierung ihre internationalen Zusagen zur Entwicklungsfinanzierung einhält. Das Ziel, Mittel in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (Official Development Assistance, ODA) bereitzustellen, wurde 2016 zwar erstmals erreicht, jedoch nur aufgrund der Anrechnung von Kosten für die Versorgung von Geflüchteten in Deutschland. Dieser Teil machte 25 Prozent der gesamten deutschen ODA-Mittel aus. Der im Rahmen der Addis Abeba Action Agenda zugesagte Anteil der Entwicklungsfinanzierung für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) von 0,2 Prozent BNE wurde in der letzten Legislaturperiode zudem weit verfehlt.

Die DSW fordert daher den Bundestag und die Bundesregierung auf, ...

- eine verlässliche und ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen. Es sollte ein Plan vorgelegt werden, wie das 0,7-Prozent-Ziel gehalten werden kann. Hierfür sind laut einer VENRO-Studie zusätzlich 17,8 Milliarden Euro bis 2020 notwendig – ohne die Ausgaben für die Versorgung von Geflüchteten in Deutschland anzurechnen.
- der Zusage im Rahmen der Addis Abeba Action Agenda nachzukommen, bis 2020 ODA-Mittel in Höhe von 0,15 bis 0,2 Prozent des BNE für die ärmsten Länder bereitzustellen.
- multilaterale Ansätze, die effektive und effiziente Beiträge zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung leisten, stärker zu fördern.

Gesundheit und Gleichstellung: Voraussetzung und Ziel menschenrechtsbasierter Entwicklung

Gesundheit und Gleichberechtigung der Geschlechter sind Menschenrechte und zugleich eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Diese gilt es auf internationaler Ebene zu schützen und zu stärken, denn die Bundesregierung hat sich vielfach zu einer menschenrechtsbasierten Entwicklungspolitik bekannt. Zuletzt hat das BMZ die Mittel für bilaterale Vorhaben mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit drastisch gekürzt. Dieser Trend muss umgekehrt werden, wenn ein angemessener Beitrag zur Umsetzung von SDG 5 realisiert werden soll. Für die Umsetzung des Rechts auf Gesundheit sind qualitativ hochwertige, für alle zugängliche und bezahlbare Gesundheitssysteme entscheidend. Wenn zum Beispiel sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienstleistungen flächendeckend in Gesundheitssysteme integriert sind, können die Mütter- und Kindersterblichkeit gesenkt, die Versorgung mit Verhütungsmitteln verbessert und ungewollte Schwangerschaften und HIV-Infektionen verhindert werden. Des Weiteren sind neue und verbesserte Medikamente, Diagnostika und Impfstoffe erforderlich, um vernachlässigte und armutsbedingte Krankheiten wirksam zu bekämpfen. Dafür bedarf es mehr öffentlicher Investitionen in die Forschung und Entwicklung.

Die DSW fordert daher den Bundestag und die Bundesregierung auf, ...

- eine menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik zu verfolgen, deren Hauptziel die Reduzierung von Armut und die sozioökonomische Entwicklung der Partnerländer ist.

... im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte ...

- einen stärkeren Beitrag zur Umsetzung des universellen Zugangs zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten zu leisten. Hierzu gehören unter anderem jugendfreundliche Gesundheitsdienstleistungen, der Zugang zu HIV-Prävention, zu modernen Verhütungsmitteln sowie umfassende Sexualaufklärung für alle Jugendlichen, unabhängig von der Zustimmung Dritter.
- die BMZ-Initiative zur freiwilligen Familienplanung und Müttergesundheit auszubauen und die Mittel für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und International Planned Parenthood Federation (IPPF) zu verdoppeln – nicht zuletzt, um den massiven Mittelkürzungen der USA in diesem Bereich entgegenzuwirken.
- die innovativen Ansätze im Bereich umfassender Sexualaufklärung – wie das Regionalvorhaben zur Umsetzung der ESA-Verpflichtung im östlichen und südlichen Afrika – weiterzuführen und auf weitere Regionen auszuweiten.

... im Bereich Gleichstellung der Geschlechter ...

- den entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter über das Jahr 2020 hinaus ambitionierter umzusetzen, fortzuschreiben und ausreichend zu finanzieren. Die Mittel für bilaterale Vorhaben mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit (sogenannte GG2-Projekte) sollten auf 200 Millionen Euro pro Jahr gesteigert werden. Projekte, die zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen, sollten mindestens 45 Prozent der ODA-Mittel ausmachen.

... im Bereich Infektionskrankheiten ...

- die Beiträge an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria auf jährlich 400 Millionen Euro zu erhöhen, um diese Epidemien bis 2030 zu beenden.
- die politische und finanzielle Unterstützung für die globale Impfallianz GAVI weiter zu stärken, um zur nachhaltigen Reduzierung der Kindersterblichkeit beizutragen.

... im Bereich Forschung und Entwicklung ...

- die Investitionen in die Forschung und Entwicklung neuer Diagnostika, Impfstoffe und Medikamente für vernachlässigte und armutsbedingte Krankheiten zu erhöhen. Produktentwicklungspartnerschaften (PDPs) haben sich bewährt, da sie substantielle Innovationen ermöglichen, die gleichzeitig zu bezahlbaren Preisen verfügbar gemacht werden können. Die Förderung von PDPs sollte von derzeit 50 Millionen Euro auf mindestens 100 Millionen Euro bis 2020 angehoben und die Verstetigung dieser Mittel sichergestellt werden. Auch der jährliche Beitrag zur European and Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP) sollte angehoben werden.
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass das nächste Forschungsrahmenprogramm FP9 einen stärkeren Fokus auf gesellschaftliche Herausforderungen legt und durch Forschung und Innovation zur Umsetzung der SDGs beiträgt.

FORDERUNGSPAPIER ZUR 19. LEGISLATURPERIODE



Über die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Die DSW eine international tätige Entwicklungsorganisation. Die Stiftung wurde 1991 mit dem Ziel gegründet, zur Umsetzung des Menschenrechts auf Familienplanung und zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Jugendliche sind daher unsere wichtigste Zielgruppe. Denn ob, wann und wie viele Kinder sie bekommen werden, trägt entscheidend dazu bei, wie viele Menschen in Zukunft auf der Erde leben und wie sie leben werden.

Wir unterstützen junge Menschen dabei, ihre Lebensperspektiven selbst verbessern zu können. Durch unsere Projekte im östlichen Afrika erhalten sie umfassende Sexualaufklärung, eine bessere Gesundheitsversorgung und Weiterbildungsmöglichkeiten. Gleichzeitig lernen die Jugendlichen, für ihre Rechte einzutreten. Auf nationaler und internationaler Ebene nimmt die Stiftung Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung und Gleichstellung der Geschlechter.

Neben dem Hauptsitz in Hannover ist die DSW in Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda sowie mit Verbindungsbüros in Berlin und Brüssel vertreten.

Mehr Informationen unter www.dsw.org

Für Fragen und Anregungen nehmen Sie gerne Kontakt mit uns auf:

Andreas Hübers
Leiter Politische Arbeit
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Alexanderstr. 1 · 10178 Berlin
Tel.: 030 2400069-11
andreas.huebers@dsw.org